

PRESSEMITTEILUNG

Kreistag Unterallgäu klar gegen Verstaatlichung - Pläne zur Beteiligung an interkommunaler Biogasanlage sind vom Tisch

München, 24. März 2026 – Der Kreistag Unterallgäu fasste gestern mit großer Mehrheit einen Beschluss gegen den Beitritt zum Zweckverband einer interkommunalen Vergärungsanlage am Standort Vöhringen. Der VBS Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. begrüßt diese Entscheidung und setzt darauf, dass diese auch in anderen Landkreisen mit entsprechenden Plänen zum Umdenken führt.

Zum Hintergrund: Es gibt eine Kooperationsvereinbarung zur Errichtung einer interkommunalen Bioabfallvergärung Donau-Iller-Oberschwaben, an welcher die Landkreise Alb-Donau-Kreis, Biberach, Günzburg, Heidenheim, Neu-Ulm, Sigmaringen und Unterallgäu sowie die Städte Memmingen und Ulm beteiligt sind. Nun hat sich der Kreistag im Unterallgäu mit deutlicher Mehrheit dazu entschieden, aus diesem Projekt auszusteigen. Zuvor hatten die Befürworter des Projektes „fehlende Verwertungskapazitäten“ oder gar einen „Müllnotstand“ ins Feld geführt. Beides weist der VBS deutlich zurück. Die Planung neuer kommunaler Biogasanlagen in Konkurrenz zu bestehenden privatwirtschaftlichen Anlagen ist aus Sicht der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft weder wirtschaftlich noch ökologisch notwendig oder sinnvoll.

Mit seiner Kritik an den Planungen für eine interkommunale Biogasanlage steht der VBS e. V. nicht alleine, denn auch der Wirtschaftsbeirat Bayern, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der Bund der Steuerzahler in Bayern äußerten deutliche

Einwände. Dennoch gibt es in Bayern ein zweites, ähnlich gelagertes Projekt: Die drei Landkreise Fürstentfeldbruck, Starnberg und Dachau planen ebenfalls die Errichtung einer gemeinsamen Biogasanlage mit einer Kapazität von 60.000 t am Standort Maisach. VBS-Präsident Böhme: *„Kommunale Wirtschaftstätigkeit ist nur in den Bereichen geboten, in denen die freie Wirtschaft keinen Markt anbieten kann. Die privaten Entsorger erbringen allerdings seit vielen Jahren und in ganz Bayern zuverlässig die gewünschten Leistungen am Markt und im Wettbewerb.“*

Dass der Kreistag im Unterallgäu nun mit großer Mehrheit gegen die geplante Verstaatlichung entschieden hat, führt der VBS darauf zurück, dass die Kreisräte umfassende und grundlegende Informationen für eine fundierte Entscheidung erst durch den Einsatz zahlreicher Verbände und Wirtschaftsvertretern erhalten haben. Ein aus Verwaltungskreisen immer wieder in Auszügen herangezogenes Gutachten wurde zum Beispiel bis heute nicht vollständig zur fachlichen Diskussion gestellt. *„Angesichts im Raum stehender Millioneninvestitionen auf Kosten der Steuerzahler, sollte die umfassende Information auch im Austausch mit erfahrenen Fachleuten und Branchenkennern eigentlich selbstverständlich dazugehören, bevor vorhandene steuerzahlende Unternehmen durch neue steuer- und abgabenfinanzierte Kommunalunternehmen vom Markt ausgeschlossen werden.“*

VBS-Präsident Stefan Böhme: *„Wir danken daher denjenigen Kreisräten im Unterallgäu, die unser Angebot zum Dialog angenommen haben. Offensichtlich ist es uns gelungen, die besseren Argumente für eine zukunftsorientierte marktwirtschaftliche Lösung im Sinne der steuerzahlenden Bürger zu liefern. Wir hoffen dass von dieser wegweisenden Entscheidung des Kreistags Unterallgäu eine Signalwirkung auf diejenigen Landkreise ausgeht, in denen ähnliche Überlegungen von Teilen der Verwaltung noch immer vorangetrieben werden.“*

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen VBS bekräftigt noch einmal sein Angebot, gerne mit allen Kreistagsfraktionen in den drei oberbayerischen Landkreisen in den Dialog zu treten, um die erforderlichen Grundlagen für solche weitreichenden Entscheidungen zu vervollständigen. Dies sei angesichts einer volkswirtschaftlichen Staatsquote von ohnehin fast 50% unbedingt geboten.



Kontakt:

Rüdiger Weiß

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V.

Ottostr. 5

80333 München

Tel.: +49 (0)89 - 76 70 01 70

Email: info@vbs-ev.bayern